

Motion „Politische Rechte für Menschen mit Behinderung“

Sehr geehrte Grossratspräsidentin
geehrte Regierungsratsmitglieder
geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Ich zitiere aus der Einleitung des Aktionsplanes UN-BRK:

„Die Würde und Wichtigkeit jedes Menschen stehen im Zentrum. Unsere Unterschiedlichkeit verstehen wir als Vielfalt und nicht als Abweichung von einer Norm. Nicht Gleichmacherei aber Chancengleichheit und Gleichberechtigung. Nicht Separation und anschliessende Integration, sondern die Gemeinsamkeit und das Miteinander interessieren uns.

Die Erlangung von Teilhabe ist der Schlüssel zur Akzeptanz unserer Persönlichkeit. Wenn ich dazugehöre, kann ich etwas beitragen. Erlebe ich Respekt. Gewinne ich an Selbstvertrauen. Teilhabe beinhaltet aber auch, Verantwortung für einander zu übernehmen: Sich gegenseitig zu begleiten, zu unterstützen, wenn gefragt und sich zurückziehen, wenn gewünscht.“

Werte Anwesende, diese Aussagen bringen es auf den Punkt. Seit Jahren arbeite ich gemeinsam mit Menschen mit Beeinträchtigungen. Ich hoffe, auch sie haben solche wertvollen Menschen in ihrem Umfeld.

Uns allen ist bewusst, dass nur ein sehr kleiner Teil der angesprochenen Gruppe wirklich an Abstimmungen teilnehmen wird. Und natürlich müssen Voraussetzungen geschaffen werden, dass dieses Recht nicht von Dritten missbraucht wird.

Viele Verbeiständete sind sehr wohl in der Lage, sich z.B. über Abstimmungsvorlagen Informationen zu beschaffen oder nachzufragen, wenn etwas nicht verstanden wird. Damit sind sie bereits vielen Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern einen Schritt voraus. In Diskussionen bin ich oft erstaunt, welche Voten mit Herzblut vorgebracht und wenn nötig auch verteidigt werden.

Der Antrag zur Erstellung eines Rahmenkonzeptes zur Behindertenpolitik in den Bereichen Wohnen und Arbeit wurde im Februar 2022 im Grossen Rat eingereicht. Die Kommission, die über die Gesetzesänderung zur Finanzierung der Leistungen von erwachsenen Menschen mit Behinderungen berät, hat ihre Arbeit Anfang September aufgenommen. Im Thurgau werden sich die Mitglieder der Kantonalen Arbeitsgruppe UN BRK im November zur ersten Sitzung treffen.

Dies alles ist löblich, zeigt aber auch, dass wir im Behindertenbereich viel aufzuarbeiten haben. Ausserdem besteht die Gefahr, dass jede Kommission ihre Entscheidung solange aufschiebt, bis sich eine andere Arbeitsgruppe mit der Thematik befasst hat. Dies ist nicht zielführend. Vielmehr ist anzustreben, dass laufende Prozesse im Sinne eines Räderwerks ineinander greifen und sich gegenseitig antreiben.

Stimmen sie der vorliegenden Motion zu und helfen sie mit, dass eines der ganz kleinen Rädchen eine Chance bekommt, sich mitzubewegen.